

bieten, besonders aber im Burgenland, Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Wer das Leben der Wanderarbeiter kennt, die jahrein, jahraus viele Monate von ihren Familien getrennt leben müssen, wird mir beipflichten, wenn ich sage, daß ihr Los unerträglich ist.

Ein Problem besonderer Art ist die Frauenarbeitslosigkeit. Auch die Bedeutung dieses Problems wird durch Zahlen veranschaulicht. Ende Februar 1956 waren von 224.000 Arbeitslosen 74.000 Frauen. Von den 100.000 Arbeitslosen, die wir Mitte Mai hatten, waren 56.000 Frauen. Die Arbeitslosigkeit geht bei den Frauen viel langsamer zurück als bei den Männern. Die meisten Unternehmungen weigern sich, Frauen, die ein gewisses Alter erreicht haben, meist das vierzigste Lebensjahr, einzustellen. Das ist unverständlich, weil gerade Frauen in diesem Alter wertvolle Berufserfahrungen haben. Viele Unternehmungen wollen überhaupt keine Frauen beschäftigen. Auch dies ist ungerechtfertigt. Man klagt über Mangel an Arbeitskräften, sieht aber zu, wie hunderte tüchtige und arbeitsame Frauen und Mädchen im Ausland Arbeit suchen.

Beliebt ist auch die Klage über Mangel an Facharbeitern. Leider unterstützen jene Kreise, die darüber klagen, die Bestrebungen zur Beseitigung dieses Mangels nur unzureichend oder gar nicht. Das Jugendeinstellungsgesetz löst das Problem der Heranbildung von Facharbeitern nicht. Es verpflichtet die Unternehmungen nur dazu, Jugendliche einzustellen, enthält aber keine Bestimmungen für eine systematische Berufsausbildung. Viele Jugendliche werden, weil es an Ausbildungsbestimmungen fehlt, gleich bei ihrem Eintritt in das Berufsleben Hilfsarbeiter, und das bleiben sie dann ihr Leben lang. Der Arbeiterkammertag hat daher längst den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes ausgearbeitet. Dieser Entwurf hat aber nicht die Zustimmung gewisser Zünftlerkreise in den Handelskammern gefunden. Es wäre Zeit, den Widerstand gegen ein Berufsausbildungsgesetz aufzugeben, damit die österreichische Wirtschaft in Zukunft nicht mehr unter Facharbeitermangel zu leiden hat.

Eine Wirtschaft kann nur dann gut funktionieren, wenn auf ihrem Arbeitsmarkt Ordnung herrscht. Zu einem geordneten Arbeitsmarkt gehören auch Gesetze über die Arbeitsvermittlung und die Organisation der Arbeitsämter, die von den Gewerkschaften seit langem angestrebt werden. Man wird auch in Österreich auf die Dauer Ordnung in den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Arbeitsmarkt nicht verhindern können.

Aus den Betrieben

Gewerkschaftstag der Metall- und Bergarbeiter

Die größte österreichische Gewerkschaft, die Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, hält vom 23. bis 30. Mai im Sofiensaal ihren vierten Gewerkschaftstag ab. Bei ihrem ersten Gewerkschaftstag im Jahre 1946 zählte die Gewerkschaft 130.000 Mitglieder, beim zweiten im Jahre 1949 192.000, beim dritten im Jahre 1953 war der Mitgliederstand bereits auf 210.000 angestiegen.

Gegenwärtig hat die Gewerkschaft mehr als eine Viertelmillion Mitglieder, die beim Gewerkschaftstag von rund 700 Delegierten vertreten werden.

Dreißig ausländische Gäste werden die Größe der Bruderorganisationen in den freien Ländern der Welt überbringen. Der Vorsitzende der Gewerkschaft, Arbeiterkammerpräsident Malsb, wird über "Die künftigen Aufgaben der Gewerkschaft" referieren.

Die Angestellten der Metallindustrie beharren auf ihrer Forderung

Die Gewerkschaft der Privatangestellten veranstaltete unter den Angestellten in der Metallindustrie eine Urabstimmung über die Frage des Urlaubsbeitrages. Diese geheime Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Insgesamt wurden 30.989 Stimmen abgegeben. Für die Annahme des Unternehmervorschlages, einen halben Monatsbeitrag als Urlaubszuschuß zu gewähren, stimmten jedoch nur 5649 Angestellte.

31.340 Angestellte beauftragten die Gewerkschaft, das Unternehmerangebot abzulehnen, ein letztes ultimatives Verhandlungsangebot zu stellen und bei negativem unbefriedigendem Verlauf mit dem Streik in der gesamten Metallindustrie am 4. Juni zu beginnen.

Die Angestellten der österreichischen Berg- und Hüttenbetriebe, der Eisenverarbeitenden und der Elektroindustrie haben zu Beginn des Jahres Verhandlungen über die Gewährung eines vollen Gehaltes als Urlaubsbeitrag verlangt. Erst Anfang Mai ist es der Gewerkschaft gelungen, über diese Frage mit den Unternehmerverbänden konkrete Besprechungen aufzunehmen. Sie hatten trotz vielstündiger Dauer nur das Ergebnis, daß sich die Unternehmungen zur Leistung eines halben Monatsgehältes als Urlaubsbeitrag bereit fanden. Da sich die Unterhändler der etwa 40.000 Angestellten außerstande fühlten, dieses Angebot anzunehmen, wurde über Beschluß der Betriebsratkonferenz der Weg der direkten Befragung gewählt.

Der Londoner Lord-Mayor im Wiener Rathaus

Im festlich geschmückten Stadtsaal empfing gestern vormittag Bürgermeister Jonas mit den Mitgliedern des Wiener Stadtsenats den Lord-Mayor von London, Cuthbert Ackroyd, die Lady Mayors und die Delegation des Gemeinderates der City von London, die zu offiziellem Besuch nach Wien gekommen sind. Voran trat Schwerträger Boston mit dem hochherhobenen Stadtschwert in beiden Händen, so zogen die Gäste, in ihre historischen Staatsroben gekleidet, schwarz mit viel Gold der Lord-Mayor, in rotam Samt Sheriff Allen, in blauer Robe Chief Commoner Glenn, in den Saal ein.

Demokratische Tradition

Bürgermeister Jonas begrüßte die Gäste mit einer herzlichen Ansprache, in der er auf die vielen Gemeinsamkeiten Londons und Wiens hinwies. Die Traditionen Londons, sagte er, beruhen auf den demokratischen Rechten, die seine Bürger in Jahrhunderten errungen haben. Die Londoner Würdenträger tragen eine altehrwürdige Tracht, aber sie sind allem Neuen aufgeschlossen und wissen die Aufgaben der Gegenwart in einer glücklichen Harmonie von alterbewährter Tradition und tatkräftiger Anwendung moderner Erfindungen und Grundsätze zu lösen.

Unsere Stadt Wien hat in ihrer langen Geschichte die mannigfaltigsten Wandlungen mitgemacht, hat sich aus kleinen Anfängen so wie London zur Metropole eines großen Reiches entwickelt und stand dann als Hauptstadt des von diesem Reich verbliebenen Kernlandes vor schwierigen Problemen. Wien hat sich mit großer Anstrengung auf diese einschneidenden Veränderungen umgestellt und in emsiger Arbeit die verheerenden Folgen zweier Weltkriege zu bekämpfen gehabt. Bei allen diesen Mühen hat Wien nie außer acht gelassen,

den sozialen Fortschritt zu sichern und die Harmonie des Wesens unserer Stadt durch die Förderung der schönen Künste zu wahren.

Das ist die Form der Tradition, die wir in Wien zu erhalten bestrebt sind.

Lord-Mayor Ackroyd gab in seiner Ansprache der Freude Ausdruck, daß sein Besuch in Wien fast genau auf den Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrages falle, durch den ein freies und demokratisches Österreich wiederhergestellt wurde. England hat sich unablässig bemüht, die Unterzeichnung dieses Vertrages zu erreichen, und die britische Bevölkerung hatte tiefes Mitgefühl mit Österreich, als es so lange darauf warten mußte.

Nun blicken wir einer langen Zeitspanne erfolgreicher Zusammenarbeit in der Zukunft entgegen, die sich zwischen unseren beiden Völkern ergeben soll; nicht auf Kriegsbündnisse gegründet, sondern auf friedliche Partnerschaft im Wege kultureller Beziehungen, gegenseitigen Handelsverkehrs und persönlicher Freundschaften.

Die Botschaft des guten Willens

Anschließend verlas der Lord-Mayor die Botschaft des Common Council, des Gemeinderates der City von London, in der dieser die Delegation beauftragt, im Namen der Bürger von London den Bürgern von Wien freundliche Grüße zu überbringen. Es ist sein aufrichtiger Wunsch, daß die Stadt Wien, gesegnet mit Frieden und Glück, weiterhin blühe und daß die herzlichen Beziehungen zwischen unseren Bürgern erhalten bleiben und vertieft werden.

Gleichzeitig mit der Überreichung der Botschaft übergab der Lord-Mayor dem Bürgermeister als Geschenk einen großen goldenen Pokal.

Bürgermeister Jonas dankte für die freundlichen Worte, für das prächtige Geschenk und für die Botschaft des guten Willens. In dem Wunsch nach Frieden und Freiheit grüßt die Stadt Wien die Stadt London und ihre Bürger. Mittags waren die Londoner Gäste auf dem Kahlenberg, daran schloß sich nachmittags eine Rundfahrt durch das neue Wien. Abends fand im Rathaus ein Empfang statt.

Mendès-France verläßt die Regierung

Aber seine Parteifreunde bleiben drin

Paris. Der französische Staatsminister Mendès-France hat seinen Rücktritt eingereicht, der von Ministerpräsident Guy Mollet angenommen wurde. Die übrigen dreizehn radikalen Minister bleiben in der Regierung.

Dieser Beschluß der radikalen Minister wurde, wie verlautet, auf Rat von Mendès-France gefaßt, um die Regierung Guy Mollet arbeitsfähig zu erhalten und so zu verhindern, daß die Rechtsparteien an die Regierung kommen.

Meinungsverschiedenheiten wegen Algerien

Der Grund zum Austritt des radikalen Parteiführers aus der sozialistisch-radikalen Koalitionsregierung sind die schon seit längerer Zeit bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Guy Mollet und Mendès-France über die Algerienpolitik. Die offizielle französische Nachrichtenagentur AFP erklärt, Mendès-France sei für energiereichere militärische Maßnahmen in Algerien und eine wesentliche Verstärkung der dortigen Truppenverbände eingetreten. Er verurteilte auch die etwaige Abhaltung freier Wahlen, da diese dazu führen könnten, daß sich Algerien für seine Unabhängigkeit ausspricht. Mollet hingegen sei gegen überstürzte Maßnahmen, die nur einen Bürgerkrieg entfesseln könnten.

Andere Quellen behaupten im Gegenteil, Mendès-France sei dafür, die Verhandlungen

schon vor einem militärischen Sieg in Algerien aufzunehmen und halte die von Mollets Außenminister Lacoete vorgeschlagenen Reformen für unzureichend. Mendès-France sei für bedeutend weitergehende Freiheit für die algerischen Moslems und gegen die extremen Elemente unter den französischen Siedlern. Mollet hingegen sei dafür, zuerst durch militärische Maßnahmen den Frieden in Algerien herzustellen und erst dann Verhandlungen mit den Moslemvertretern aufzunehmen.

Keine französischen Rekruten mehr nach Alger

Nach der Niedermetzelung einer ganzen Gruppe

Alger. Wie die französischen Behörden in Alger bekanntgeben, werden in Zukunft keine französischen Soldaten nach Algerien geschickt werden, die nicht eine viermonatige Ausbildung im Mutterland hinter sich haben.

Diese Anweisung folgt der Tötung von einundzwanzig jungen französischen Infanteriesoldaten, die während einer Patrouille am Freitag von den Aufständischen überfallen und niedergemetzelt wurden. Zwei der Soldaten werden noch immer vermißt. Neunzehn wurden bisher gefunden und beerdigt. Die Leichen waren so zugerichtet, daß eine

genaue Zählung zuerst schwierig war. Die ganze Patrouille bestand aus unausgebildeten Rekruten.

Ärzte werden verhaftet

Im Gebiet von Oran nahmen die französischen Behörden zahlreiche Verhaftungen vor. In Ain Tenen wurden fünf Personen — unter ihnen ein Chirodakteur und ein Arzt — verhaftet, weil sie angeblich mit der algerischen nationalen Befreiungsfront in Verbindung standen. Ferner wurde aus dem Departement Oran die Verhaftung zahlreicher einheimischer Ärzte, Juristen und Erzieher gemeldet, die geheime Spillier für verwundete Aufständische eingerichtet hatten. In Tiemcen, einer der Hochburgen der Aufständischen, sind sämtliche einheimische Ärzte hinter Schloß und Riegel gesetzt worden.

Reservisten wollen nicht nach Algerien

Bar-le-Duc (Frankreich). Dreihundert französische Reservisten zogen aus Protest gegen ihre Einberufung und bevorstehende Entsendung nach Algerien die Notbremse ihres Transportwagens und koppelten mehrere Wagen ab. Erst eines größeren Aufgebots von Gendarmen gelang es, die Ruhe wiederherzustellen, so daß der Zug seine Fahrt zu den Ausbildungslagern Toul und Neufchateau fortsetzen konnte.

Dies war das erstmalig, daß Reservisten selbst gegen ihre Entsendung nach Algerien demonstrierten. Bisher haben sich nur Zivilisten verschiedener Art den Truppentransporten entgegengestellt, wobei erst am vergangenen Freitag in Grenoble mehr als hundert Personen verletzt wurden.

Identitätskarten in Zypern

Nicosia. Die englischen Behörden in Zypern haben die Zwangsregistrierung der Bewohner bestimmter Gebiete Zyperns angeordnet, um Identitätskarten auszugeben. Wer sich nicht registrieren läßt, wird schwer bestraft.

Bei einem Angriff durch Terroristen wurde in einer Gaststätte in Limassol ein englischer Zivilist erschossen und ein weiterer lebensgefährlich verwundet. Das Gebiet rund um die Gaststätte wurde unverzüglich zum Sperrgebiet erklärt. In Nicosia wurden zwei Angehörige der Sicherheitskräfte durch Bombenwürfe leicht verletzt.

Keine Geschichtsprüfungen an Leningrader Schulen

Moskau. Das sowjetische Erziehungsministerium hat nach einer Meldung von Radio Moskau die Prüfung in Geschichte an den Leningrader Schulen bis auf weiteres ausgesetzt. Diese Verfügung hängt offenbar mit der angekindigten Neufassung der sowjetischen Geschichtsschreibung zusammen.

Die skandinavischen Kommunisten und Stalin

Kopenhagen. Die kommunistischen Parteien Dänemarks, Norwegens und Schwedens haben nach einer dänischen Pressemeldung beschlossen, in Moskau dagegen Protest einzulegen, daß Chruschtschow seine Angriffe gegen Stalin in einer Geheimansprache vorgebracht habe. Die drei Parteien betonen in ihrem Protest, daß Chruschtschow seine Kritik an Stalin zur öffentlichen Diskussion stellen solle.

Dänemarks führender Kommunist, Larsen, hat in einer Versammlung kommunistischer Studenten im April die Entwürdigung Stalins und die Verurteilung des „Personlichkeitskults“ des Kremis kritisiert.

Im letzten Augenblick

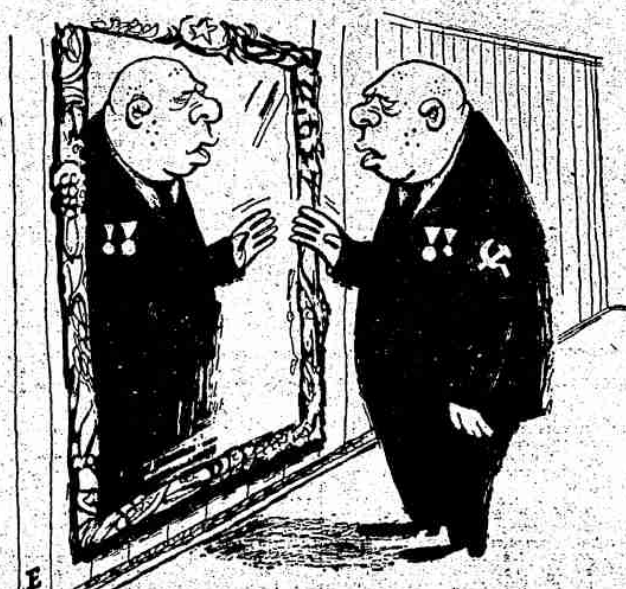
Bonn. Der frühere sowjetische Unterleutnant Georgij Mazurs ist kurz vor Pfingsten aus einem Zug von Westdeutschland nach Berlin fuhr, entflohen und hat die Bonner Polizei um Schutz ersucht. Mazurs, der als Angehöriger einer sowjetischen Panzerbrigade 1947 nach Berlin gekommen war, hatte nach dem Kriege in Westdeutschland als politischer Flüchtling Aufnahme gefunden. Als Berichte über die Amnestie für Heimkehrer in Rußland veröffentlicht wurden, meldete sich Mazurs bei der Sowjetbotschaft in Bonn. Dort sicherte man ihm Straffreiheit zu. Im Zug in Köln erkannte Mazurs — nach seinen Angaben vor der deutschen Polizei — jedoch schon, daß ihm die Botschaft ein „Begleitkommando“ mitgeben hatte und er den Zug nicht mehr verlassen sollte. Mit Hilfe von deutschen Reisenden gelang es Mazurs, zusammen mit seinen drei Kindern den Zug zu verlassen. Er meldete sich bei der Polizei in Bonn. Sein Aufenthaltsort wird nicht bekanntgegeben.

Der Ministerpräsident von Singapur bei Nehru

Neu-Delhi. Der Ministerpräsident der englischen Kolonie Singapur, David Marshall, dessen Verhandlungen mit der englischen Regierung über die Selbstverwaltung von Singapur gescheitert sind, ist, aus London kommend, auf dem Helikopter in Neu-Delhi eingetroffen und hatte eine längere Unterredung mit Ministerpräsident Nehru.

Marshall, der Führer der Arbeiterpartei von Singapur, hielt nach dem Scheitern der Verhandlungen in London eine Pressekonferenz ab, in der er seinen Unmut über die Ablehnung seiner Forderungen durch die konservative englische Regierung in sehr temperamentalvoller Weise ausdrückte. Er benachichtigte, nach seiner Rückkehr nach Singapur als Ministerpräsident zurückzutreten und bei den Neuwahlen nicht mehr zu kandidieren, was nach allgemeiner Ansicht zu einem Sieg der extremen antienglischen Parteien führen dürfte. Marshall erklärte, er werde Nehru die ganze Wahrheit über den Verlauf der Verhandlungen erzählen.

Rakosis Reue



Du Gauner, du Volksverräter, du... Stalinist — ich verzeihe dir